

Gestoppte Schulhausprojekte, Unterricht im Polizeiposten und ständige Provisorien – das Planungschaos rächt sich

Ständig steigende Schülerzahlen und immer höhere Ansprüche an die Klassenzimmer haben dazu geführt, dass immer mehr Kinder in Provisorien unterrichtet werden. Die Situation dürfte noch schlimmer werden.

Erich Aschwanden

13.10.2022, 06.11 Uhr



In der Schweiz gehen immer mehr Kinder in provisorischen Unterrichtsräumen zur Schule.

Annick Ramp / NZZ

Die Schüler der Obwaldner Gemeinde Kerns hatten am 5. Juli gleich doppelten Grund zur Freude. Anlässlich des Spatenstichs für das Schulhaus Willa gab es für alle ein Gebäck in Form eines Spitzbuben. Vor allem aber lockte die Aussicht, im Herbst 2023 in topmoderne, neue Klassenzimmer einziehen zu können. Doch seit Anfang September geht auf der Baustelle nichts mehr. Nur ein paar aus dem Boden ragende Armierungseisen weisen darauf hin, dass hier dereinst die Jugend des 6500 Einwohner zählenden Dorfes unterrichtet werden soll.

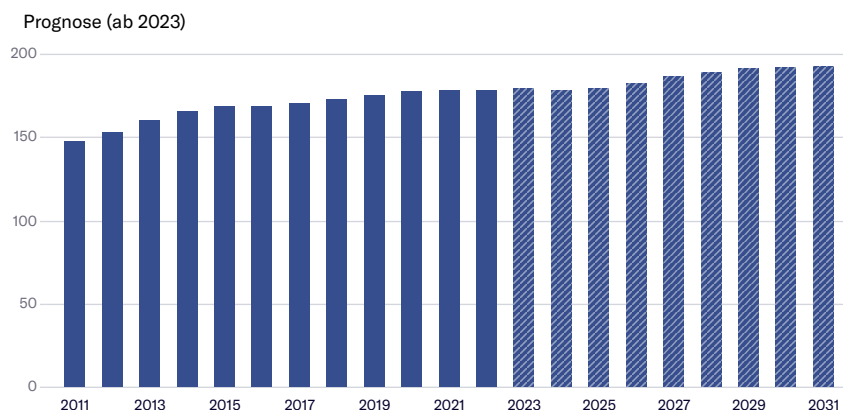
Was ist passiert? Die Behörden haben die Notbremse gezogen und das Projekt vorläufig gestoppt. «Der Grund waren Kommunikationsprobleme mit dem Architekten sowie unterschiedliche Vorstellungen zum Projektaufbau und Projektmanagement», sagt die Kernser Gemeinderätin Daniela Zumstein. Dass in der Schweiz ein laufender Schulhausbau so abrupt sistiert wird, mag ein Extremfall sein. Doch er macht auch auf eine Misere aufmerksam, mit der sich zahlreiche Gemeinden herumschlagen müssen.

Mehr Schüler und steigende Bedürfnisse

Es sind die negativen Folgen eines Baubooms. Der Haupttreiber sind die steigenden Schülerzahlen. Zwischen 2010/11 und 2020/21 stieg in der Schweiz die Zahl der Schülerinnen und Schüler auf der obligatorischen Stufe um 6,9 Prozent auf 976 000 Kinder und Jugendliche. Und der Anstieg geht gemäss den Prognosen des Bundesamts für Statistik (Bfs) mindestens bis ins Jahr 2031 weiter.

Schülerzahlen steigen bis ins Jahr 2031

Anzahl Lernende Primarstufe 1-2 (in Tausend)



Quelle: Bundesamt für Statistik

NZZ / ase.

Diese Voraussagen des Bfs sind jedoch bereits überholt, da sie die Kinder und Jugendlichen, die aus der Ukraine geflüchtet sind, nicht enthalten. Die Planungsfirma Eckhaus AG hat für die «NZZ am Sonntag» kürzlich

ausgerechnet, dass aufgrund dieser Entwicklung die Gemeinden in der ganzen Schweiz in den nächsten zehn Jahren Schulraum für rund 3000 zusätzliche Klassen erstellen müssen.

Immer mehr und immer hochwertigere Schulräume braucht es, weil neue Lernformen mehr Platz erfordern. Zudem stellen die schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen zusätzliche Ansprüche an die räumliche Ausgestaltung und die technische Infrastruktur von Schulanlagen.

Ein Grossteil dieser Entwicklungen war absehbar, doch vielerorts haben die Behörden die Schulraumplanung verschlafen. So die Stadt Zürich. Erst vor drei Jahren lancierten die zuständigen Stadträte André Odermatt und Filippo Leutenegger eine «Schulraumoffensive». Die jährlichen Investitionskosten sollen künftig 150 Millionen Franken betragen – eine Verdreifachung im Vergleich zu früher. Neben Neubauten und Pavillons werden künftig auch Büro- und Gewerberäume angemietet und für Schulzwecke genutzt.

In Zürich verlief die Schaffung neuer Unterrichtsräume erstaunlich reibungslos. So soll eine Schule für sechs Primar- und zwölf Sekundarschulklassen in einem der Stadiontürme auf dem Hardturmareal eingerichtet werden. Doch jetzt tauchen Hindernisse auf. Im Januar hat der Zürcher Gemeinderat dank der Unterstützung der linken und grünen Parteien einen Vorstoss überwiesen, der strengere Lärmschutzmassnahmen für Schulbauten fordert. Die Umnutzung dürfte aufgrund dieser Anforderungen deutlich teurer werden als ursprünglich kalkuliert.

Nicht nur in der Grossstadt, sondern auch in kleineren Städten und auf dem Land werden Schulen zu Zwischennutzern in teilweise ungewöhnlichen Räumlichkeiten. So sind auf den Beginn des neuen Schuljahres in Wil (St. Gallen) zwei Schulklassen in einen ehemaligen Polizeiposten eingezogen. Grosse Umbauten gab es nicht. Es wurden bloss ein paar Wände herausgerissen – und fertig war das neue Schulhaus, wie das «St. Galler Tagblatt» berichtete. Inzwischen ist es nicht ungewöhnlich, dass Schüler einen grossen Teil ihrer Schulzeit in mehr oder weniger geeigneten Provisorien verbringen.

Doch längerfristig kommen die Behörden nicht darum herum, neuen Schulraum zu schaffen. Für viele, vor allem kleinere Gemeinden bedeutet dies einen finanziellen Kraftakt. Der blosse Hinweis, dass es sich bei den Krediten um eine notwendige «Investition in Bildung»

handle, genügt angesichts knapper Kassen nicht mehr, um die Stimmbürger von Schulhausprojekten zu überzeugen.

Stimmbürger sagen Nein

Diese bittere Erfahrung mussten unter anderem die Gemeinderäte von Buchs (St. Gallen), Geuensee und Escholzmatt-Marbach (beide Luzern), Neuendorf (Solothurn) sowie Erstfeld (Uri) machen. Überall lehnten die Stimmbürger in den letzten beiden Jahren Kredite für neue Schulbauten ab. Häufig war die Angst vor einer Steuererhöhung ausschlaggebend für das Nein. Zurück bleiben Konsternation und eine Planungsruine: Bis zur Realisierung eines neuen Schulhauses dauert es in der Regel sieben Jahre. Zudem müssen die Behörden nun einen Plan B ausarbeiten und sich wieder auf die mühsame Suche nach Provisorien machen.

Doch selbst wenn alle politischen Hürden überwunden sind, heisst das noch lange nicht, dass die Einweihung wie geplant stattfinden kann. Die durch die Corona-Pandemie und den Ukraine-Krieg verursachten Lieferschwierigkeiten und Teuerungsschübe machen auch vor Schulbauten nicht halt. So musste der Baustart für die Sanierung eines Schulhauses in der Zuger Gemeinde Menzingen wegen einer massiven Preiserhöhung bei den Rohstoffen um acht Monate verschoben werden. Damit der Baukredit nicht zu stark überschritten wurde, suchten die Behörden nach günstigeren Alternativen, zum Beispiel bei den Baustoffen.

Den Fachkräftemangel spüren die Bildungseinrichtungen nicht nur in Form von fehlendem Lehrpersonal, sondern auch während der Bauphase. So musste der Bau des Schulhauses Birrwil im Kanton Aargau im März 2021 kurzfristig eingestellt werden, weil ein fähiger Polier fehlte, nachdem sich der ursprünglich eingestellte Fachmann verletzt hatte.

Dazu kommt, dass sich Anbieter aus dem Geschäft mit Schulbauten zurückziehen. So musste sich die Gemeinde Reinach (Basel-Landschaft) nach einem neuen Generalunternehmer für ihre neue Schulanlage Surbaum umsehen. Dies, nachdem sich das schweizweit tätige Unternehmen Steiner AG Anfang 2021 entscheiden hatte, sich in der Deutschschweiz schrittweise aus dem Total- und Generalunternehmergeschäft zurückzuziehen, wie Mediensprecher Andreas Gurtner erklärt.

Politiker fordern langfristige Planung

Diese Beispiele machen klar, dass auf die immer gravierender werdenden Probleme mit den fehlenden Schulräumen kurzfristig reagiert wird. Wo man hinschaut, werden Provisorien aus dem Boden gestampft oder wenig durchdachte Neubauprojekte lanciert. In der Stadt Basel hat man nun genug von dieser Pflasterlipolitik. Im Grossen Rat machen Politiker von links bis rechts Druck auf die Regierung.

In einem gemeinsamen Vorstoss fordern die Bildungs- und die Baukommission, dass der Regierungsrat innerhalb von zwei Jahren eine Planung für Schulräume vorlegt. Diese soll garantieren, dass mittel- und langfristig genügend Platz für Unterricht in allen Formen zur Verfügung steht. Ein Ausweichen in temporäre Bauten soll nur bei Um- und Sanierungsarbeiten sowie zeitlich eng befristet zulässig sein.

In Basel will man mit diesem Vorgehen vermeiden, dass es zu einer ähnlichen Situation kommt, wie sie die Verantwortlichen derzeit in der Stadt Baden erleben. Dort muss die vor 14 Monaten eröffnete Schulanlage Burghalde nach dieser kurzen Frist bereits erweitert werden. Es hat sich herausgestellt, dass die für rund tausend Schülerinnen und Schüler und 130 Lehrkräfte geschaffenen Räumlichkeiten nicht ausreichen, wie die «Aargauer Zeitung» berichtet hat. Zum Verhängnis wird der Stadt Baden der lange Planungshorizont. Als die Planung für die neue Schulanlage 2011 gestartet wurde, wurde das Wachstum der Schülerzahlen unterschätzt. Ausserdem wollte man nicht Schulraum auf Vorrat erstellen.

In Kerns im Kanton Obwalden hat man derweil die aktuellen Probleme zu lösen. Wie die Gemeinderätin Diana Zumstein erklärt, kann das gestoppte Schulhausprojekt nicht einfach einem anderen Architekten übertragen werden. «Da es sich um ein Projekt der öffentlichen Hand handelt, müssen wir uns an die Regeln des Submissionsrechts halten», sagt Zumstein. Es wird also noch ein Weilchen dauern, bevor die Kinder das neue Schulhaus beziehen können.

Passend zum Artikel



Künftig gehen Tausende von Gymnasiasten in Provisorien zur Schule – und das hat auch Vorteile

22.12.2021



Zürich hat die Schulhausplanung verschlafen, deshalb braucht es noch länger Pavillon-Provisorien

23.09.2020



Unterricht im Pavillon: Weshalb in der Stadt Zürich Hunderte Kinder ihre Schulzeit in Provisorien verbringen

19.08.2019



Mehr von Erich Aschwanden (ase)

Weitere Artikel >



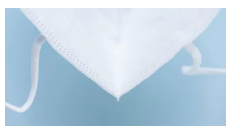
Als Wladimir Putin in der Stadt Zug einen Friedenspreis erhielt

Aktualisiert 12.10.2022



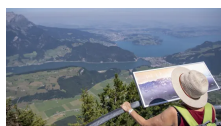
Keine Angst, Albert Rösti! Die grössten Favoriten haben bei Bundesratswahlen die besten Chancen

10.10.2022



Die Zahl der Corona-Ansteckungen steigt, und erste Spitäler führen die Maskenpflicht wieder ein – was Sie jetzt wissen müssen

05.10.2022



Kampf um die Babyboomer: Kantone senken Steuern für Auszahlungen aus der Pensionskasse

05.10.2022



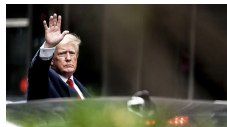
Wahlen in Zug: Die Mitte hat mit den Dittli-Schwestern zwei neue Politstars – schwere Schlappe für die Grünen

02.10.2022



Neueste Artikel

Alle neuesten Artikel >



DIE NEUESTEN
ENTWICKLUNGEN

**Donald Trump:
Ausschuss zum
Sturm auf das
Kapitol lädt den
Ex-Präsidenten
vor +++
Oberstes
Gericht lehnt
Antrag über
beschlagnahmte
Dokumente ab**

Aktualisiert
vor 30 Minuten



DIE NEUESTEN
ENTWICKLUNGEN

**Atomstreit mit
Nordkorea: Zehn
Sekunden bis
zum Einschlag –
Nordkorea feuert
zwei
Langstrecken-
Marschflugkörper
und eine Rakete
ab**

Aktualisiert
vor 46 Minuten



KURZMELDUNGEN

**Sport: Basel holt
in Bratislava
einen Punkt +++
Die ZSC Lions
treffen in der
Champions
Hockey League
auf Skelleftea**

Aktualisiert
vor 1 Stunde





KURZMELDUNGEN

Schweiz: Twitter sperrt

Roger Köppl
Für Sie empfohlen
Konto



KURZMELDUNGEN

Kultur: Über 100 Prominente

fordern von der
Schweizer



BILDSTRECKE

In der Ostukraine leben

die verbliebenen
Einwohner in



«Welcher Körper passt zu mir?»: Das deutsche Familienministerium rät unentschlossenen Kindern zu Pubertätsblockern

13.10.2022



«Für mich würde das für eine fristlose Entlassung reichen» – Arbeitsrechtprofessor Rudolph ordnet den Pornoskandal bei Schützengarten ein

13.10.2022



«Eine Art Gewaltexplosion»: achteinhalf Jahre Freiheitsstrafe für einen 28-Jährigen, der am Bahnhof Tann-Dürnten einen Sicherheitsmann mit dem Messer attackiert hat

13.10.2022



Er verbreitete «beharrlich eine monströse, unsägliche Lüge»: Der amerikanische Verschwörungstheoretiker Alex Jones muss fast eine Milliarde Dollar Strafe zahlen

13.10.2022



Boostern bei Lounge- Musik und Gipfeli – das Impfzentrum Uster läuft wieder im Vollbetrieb

13.10.2022





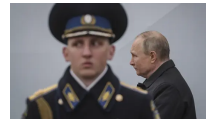
Dübendorf schliesst das Hallenbad, Uster stellt die Strassenbeleuchtung ab – wie viel Energie wird damit wirklich gespart?

13.10.2022



Ein Reh verheddert sich im Zaun eines Himbeerfelds im Zürcher Weinland und verletzt sich so schwer, dass es stirbt – der Fall hält die Justiz jahrelang auf Trab

13.10.2022



GASTKOMMENTAR

«Make Russia great again» lautet Putins Grundsatz – es ist diese «idealistische» Mission, die ihn daran hindert, im Krieg gegen die Ukraine aufs Ganze zu gehen

13.10.2022



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.